

SPD demokratischer pressediens

P/XXXI/180
20. September 1976

Das Schizophrene in Dr. Helmut Kohl

Er leistete Amtseid auf Verfassung mit sozialistischem Inhalt

Von Julius Lehibach
Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz

Seite 1 und 2 / 75 Zeilen

Den Frieden wählen!

Der übergeordnete Appell für den 3. Oktober

Seite 3 / 34 Zeilen

Dr. Kohl und die schwedische Freiheit

Oder: Der Unions-Kanzlerkandidat betritt die außenpolitische Szene

Seite 3a / 34 Zeilen

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Skandalöses Spiel der Union mit dem innerdeutschen Handel (I)

Seite 4 bis 6 / 130 Zeilen

Chefredakteur: Dr. Erhardt Eckert

Hausallee 2-10, 5300 Bonn 12
Postfach: 150 408
Presshaus I, Zimmer 217-224
Telefon: 32 80 37 - 38
Telefax: 08 88 644-48 ppbn d

Herausgeber und Verleger:

SOZIALDEMOKRATISCHER PRESSEDIENST GMBH
Kölner Straße 108-112, Telefon: 37 66 11
5300 Bonn-Bad Godesberg

Das Schizophrene in Dr. Helmut Kohl

Er leistete Amtseid auf Verfassung mit sozialistischem Inhalt

Von Julius Lehlbach

Vorsitzender des DGB-Landesbezirks Rheinland-Pfalz

Schon die alten Römer wußten, daß es schwer ist, keine Satire zu schreiben. In Rheinland-Pfalz hat man ständig Anlaß dazu.

Ein Beispiel: Der Vorsitzende der CDU, Dr. Helmut Kohl, reist als Kanzlerkandidat durch die Bundeslande und verkündet lauthals sein Motto "Freiheit statt Sozialismus". Dabei verteuft er Verstaatlichung und Investitionslenkung als typische Merkmale für freiheitswidrigen Sozialismus. Als Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz hat der Dr. Kohl nach Art. 100 der Landesverfassung den Amtseid geleistet, "bei Gott dem Allmächtigen und Allwissenden"... "getreu der Verfassung" zu handeln. Die geltende Verfassung von Rheinland-Pfalz enthält in ihrem 6. Abschnitt, in dem die Wirtschafts- und Sozialordnung des Landes geregelt ist, die folgenden sozialistischen Bestimmungen, die im Mai 1947 von einer absoluten CDU-Mehrheit in der verfassunggebenden Landesversammlung beschlossen und durch einen Volksentscheid gebilligt wurden:

Artikel 61 - Verstaatlichung/ Der Staat hat durch Gesetz, unbeschadet der Pflicht zu angemessener Entschädigung, in sinngemäßer Anwendung der für die Enteignung geltenden Bestimmungen privatrechtliche Schlüsselunternehmungen (Kohlen-, Kali- und Erzbergbau, eisenherzeugende Industrie, Energiewirtschaft sowie das an Schienen oder Oberleitungen gebundene Verkehrswesen) in Gemeineigentum zu überführen, wenn mit diesen Unternehmungen eine so große Macht verknüpft ist, daß sie ohne Gefährdung des Gemeinwohls der Privathand nicht überantwortet bleiben kann. Diese Aufgabe ist unverzüglich nach Inkrafttreten der Verfassung in Angriff zu nehmen. Ebenso kann durch Gesetz eine Überführung von monopolartigen Unternehmungen in Gemeineigentum erfolgen, wenn die Nutzung dem Gemeinwohl widerstreitet.

Artikel 68 - Wirtschaftsgemeinschaften/ Die anerkannten Vereinigungen von Arbeitnehmern und Arbeitgebern der gewerblichen Wirtschaft sollen auf der Grundlage der Gleichberechtigung zu Wirtschaftsgemeinschaften zusammengeschlossen werden. Die Wirtschaftsgemeinschaften haben die gemeinsamen Angelegenheiten ihres Bereiches zu behandeln. Insbesondere obliegt ihnen die Wahrnehmung der Interessen ihres Wirtschaftszweiges in der Gesamtwirtschaft.

Artikel 70 - Staatliche Erzeugung und Güterverteilung/ Bei Lenkung der Erzeugung und Güterverteilung durch den Staat ist die gleichberechtigte Mitwirkung der Vertretungen von Unternehmern und Arbeitnehmern zu sichern. Von besonderer Pikanterie ist dabei, daß die neueste Ausgabe der Verfassung den Schulkindern des Landes mit den folgenden einführenden Worten des Kultusministers Dr. Vogel in die Hand gegeben wird: "Deshalb hoffe ich, daß dieser Band nicht nur für die Schule bestimmt bleibt, sondern auch später zum Nach-

schlagen zur Hand genommen wird. Nur dadurch können wir unsere staatsbürgerlichen Rechte und Pflichten kennen und bewahren, daß wir uns in jeder Situation der Politik und Gesellschaft auf sie beziehen, damit wir im täglichen Leben auch aus dem Umgang mit der Verfassung lernen. Nur dann können wir unsere Freiheit nutzen, um unsere Zukunft zu gestalten, den Frieden zu sichern und einen Beitrag für die gerechte und solidarische Gemeinschaft der Völker zu leisten."

Jedem Artikel der Verfassung ist eine kurze, aber offizielle Kommentierung beigegeben. So lernen die Kinder von Rheinland-Pfalz beispielsweise folgendes über den Artikel 61, also die Verstaatlichung: "Anders als Artikel 15 des Grundgesetzes nennt die Landesverfassung die Voraussetzung, unter der eine Sozialisierung bestimmter Unternehmungen möglich ist, nämlich wenn sie eine das Gemeinwohl gefährdende private Macht verleihen. Nach Absatz 2 wäre es in Rheinland-Pfalz auch möglich, zum Beispiel ein Presseunternehmen, das im Landesgebiet ein Zeitungsmonopol besitzt, unter Umständen zu verstaatlichen."

Der besondere Hinweis auf die mögliche Verstaatlichung von Presseunternehmen ist interessant. Offen bleibt nur, ob die "Rheinpfalz", die "Allgemeine Zeitung", die "Rhein-Zeitung" oder der "Trierische Volksfreund" zur Verstaatlichung anstehen. Wenn ein Jungsozialist es wagte, so etwas laut zu denken, würde sich die gesamte rheinland-pfälzische Presse mit Recht empören. Wenn das Kultusministerium von Rheinland-Pfalz dies aber schon in der 4. Auflage unter das Volk streut, kräht kein Mohn danach. Ebenso steht es mit dem Artikel 70, in dem die staatliche Erzeugung und Güterverteilung in Rheinland-Pfalz angesprochen wird. Nachdem die Verfassung von Rheinland-Pfalz in diesem Artikel die staatliche Investitionslenkung als Mittel des Wirtschaftens voraussetzt, sagt der offizielle Kommentar dazu: "Darüber hinaus eröffnet die Landesverfassung hier dem Land weitere ungeahnte gestalterische Möglichkeiten".

In den Kirchen des Landes müßte dafür gebetet werden, daß der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz, der auf diese sozialistischen Verfassungsbestimmungen einen Amtseid geleistet hat, nie erfährt, daß der Kanzlerkandidat der CDU draußem im Lande herumfährt und eben jene Verfassungsbestandteile als sozialistische Kains-Zeichen verteuft. Die politischen und geistigen Väter des sozialistischen Inhalts der rheinland-pfälzischen Verfassung waren und sind CDU-Mitglieder. Es zeugt weder von politischer Vernunft noch von intellektueller Redlichkeit, wenn der Ministerpräsident von Rheinland-Pfalz als Bundeskanzlerkandidat der CDU ihnen heute beschel-nigt, sie seien Feinde der Freiheit.
(-/20.9.1976/va/pr)

+ + +

Den Frieden wählen!

Der Übergeordnete Appell für den 3. Oktober

Die Sozialdemokraten sind zu Beginn der vorletzten Woche des Bundestagswahlkampfes mit dem Appell "Den Frieden wählen!" an die westdeutsche Öffentlichkeit gegangen. Dieser Appell ist, völlig unabhängig von seiner zeitlosen Gültigkeit, voller brennender Aktualität, zumal er den ganzen Bereich der Innen- und Außenpolitik erfaßt.

Die CDU bemüht sich in diesen Tagen mit allen Mitteln, den verheerenden Eindruck zu überspielen, der sich zwangsläufig aus den martialischen Äußerungen des CSU-MdB Dr. Fritz Wittmann zum Thema "Feuerschutz" ergeben mußte. Die Beunruhigung, die weite Kreise der Wählerschaft erfaßt hatte, war begreiflicherweise Anlaß zu einer Unzahl von Gerüchten, Vermutungen und Kombinationen, die insgesamt wieder zu weiteren Escalationen führten. Bundeskanzler Helmut Schmidt und SPD-Vorsitzender Willy Brandt gaben dieser Beunruhigung Ausdruck durch die Feststellung, daß das deutsche Volk jedwedes Schießen "bis obenhin satt" habe und daher, ungeachtet der schroffen Verurteilung des DDR-Schießbefehls, alles, insbesondere auch verbales Säbelrasseln, vermieden haben möchte, was auch nur annähernd zu einer Verhärtung oder Verschärfung der Lage beitragen könnte. Das hat überhaupt nichts mit Nachgeben oder weicher Linie zu tun, wie die Scharfmacher der Union behaupten, sondern ist der logische Ausdruck des übergeordneten Verantwortungsbewußtseins, das für die Bundesregierung und die Koalition verpflichtend ist und ihr Tun bestimmt.

Das gilt genauso für den inneren Frieden, der bei einer Fortsetzung der ins Unmäßige überschwappenden Wahlagitiation der Opposition berührt werden müßte. Die Unions-Parteien haben unter dem maßgebenden Einfluß des CSU-Vorsitzenden Franz Josef Strauß und seiner CDU-Truppe einen Wahlkampfteil inszeniert und ausgebaut, der eindeutig auf Konflikt ausgerichtet ist und auf allen Gebieten Konfrontation auslösen soll. Der Anti-Gewerkschafts-Kampf, den der CDU-Generalsekretär Prof. Dr. Kurt Biedenkopf führt, ist ein allerdings besonders markantes Beispiel für diese CDU/CSU-Agitation, die den inneren Frieden und die soziale und wirtschaftliche Stabilität gefährden müßte, wenn nicht die Mehrheit der Wähler mit den Sozialdemokraten und den ihnen verbündeten Freidemokraten am 3. Oktober dafür Sorge trägt, daß Helmut Schmidt Kanzler bleibt. Diesem Ziel gilt der Appell "Den Frieden wählen!" (e/20.9.1976/bgy/e)

+ + +

Dr. Kohl und die schwedische Freiheit

Uder: Der Unions-Kanzlerkandidat betritt die außenpolitische Szene

Es wird niemanden überraschen, daß die Unions-Parteien den Versuch un-
ternehmen, aus dem Ergebnis der schwedischen Reichstagswahlen Propagendemunition zu fabrizieren. Sollen sie doch, wenn sie glauben, derartige Anleihen nötig zu haben, die alles andere als solide sind, könnte man gelassen sagen. Aber was nun der CDU/CSU-Kanzlerkandidat Dr. Helmut Kohl mit den schwedischen Wählern treiben will, grenzt schon an Vergewaltigung.

"Die Gegner Olof Palmes führten einen Wahlkampf um die Grundsätze der Politik. Sie kämpften gegen den demokratischen Sozialismus", erklärte er am Montag. Genau das taten sie im Namen der politischen Vernunft eben gerade nicht. Wie immer man sie und ihren Wahlkampf bewerten mag, wenn ihnen etwas peinlich war, denn die Vorstellung, mit dem Slogan der deutschen Konservativen "Freiheit oder/statt Sozialismus" identifiziert werden zu können. Charakteristisch für die schwedische innenpolitische Szene ist es vielmehr, daß die "bürgerlichen Parteien" die von den Sozialdemokraten geschaffene sozialstaatliche Basis voll und ganz akzeptieren und auch ohne Vorbehalte hinter der bisherigen Außenpolitik des Landes stehen.

Einen noch prägnanteren Beleg des Entwicklungsstandes seines politischen Gespürs und Feingefühls legte Dr. Kohl indessen mit seinem Telegramm an den Vorsitzenden der Moderate Samlingspartiet ab, den er dafür beglückwünscht, daß es ihm gelungen sei, "nach 44 Jahren sozialdemokratischer Herrschaft in Schweden einen neuen Anfang für eine freiheitliche Politik zu setzen."

Nun haben es die Schweden von dem deutschen Mächtigen-Kanzler bescheinigt bekommen: Nach einem halben Jahrhundert Unterdrückung durch eine Partei, die sie allerdings auch jetzt wieder zur stärksten politischen Kraft des Landes gewählt haben, können sie endlich mit der Freiheit beginnen. Die Schweden werden sich für dieses Attat zu bedenken wissen.

Claus Preller

(-/20.9.1976/va/pr)

+ + +

Dokumentation des SPD-Pressedienstes

Skandalöses Spiel der Union mit dem innerdeutschen Handel (I)

Mit der sachlich völlig falschen Darstellung des innerdeutschen Handels als einseitiges Geschäft zum Nutzen der DDR und der Forderung nach wirtschaftlichen Strafaktionen als Antwort auf Grenzwirtschaftsfälle haben die Angriffe der CDU/CSU auf die Vertrags- und Normalisierungspolitik der sozialliberalen Bundesregierung einen neuen Höhepunkt erreicht. Die Dokumentation des SPD-Pressedienstes zeigt, wie inkonsequent, verantwortungslos und gefährlich der Umgang der Union mit diesem für den Erhalt der Nation lebenswichtigen Band zwischen beiden deutschen Staaten ist.

Der innerdeutsche Handel (früher Interzonenhandel) ist binnendeutscher Handel. Die Anerkennung dieses Status wurde in Protokollen 1951 zum GATT-Abkommen und 1957 zum EWG-Vertrag ausgesprochen. Wichtigstes Merkmal ist seine Zollfreiheit. Eine weitere Besonderheit ist der Swing. Bis zum Abschluß des "Berliner Abkommens", am 20. September 1960, wurden jeweils für ein Jahr Interzonenhandelsabkommen vereinbart. Der Deutsche Industrie- und Handelsrat gründete 1949 in Westberlin die "Treuhandstelle für den Interzonenhandel". Sie wurde vom Bundesminister für Wirtschaft zu Verhandlungen und zum Abschluß entsprechender Vereinbarungen mit der im Oktober 1949 gegründeten DDR ermächtigt, zu der es aus Gründen der Nichtanerkennung keinen zwischenstaatlichen Verkehr (Bundesbehörden mit DDR-Behörden) geben durfte. Im Jahr 1960 erreichte der innerdeutsche Handel zum ersten Mal die Zwei-Milliarden-Grenze im Gesamtumsatz. Von 1950 bis 1974 verneunfachte er sich. Der Umsatz kletterte von 744,6 Millionen DM (1950) auf 7,4 Milliarden (1975).

Politische Ereignisse beeinflussten den Handel nur selten. Das wichtige nationale Band sollte ungestört bleiben. Selbst nach dem 17. Juni 1953 lieferte die Bundesrepublik 1954 67,4 vH mehr als 1953. Neun Jahre lief der Handel zum Vorteil beider Seiten. Als Mittel der Politik hatte weder die eine noch die andere Seite für ihn Verwendung. Im Jahr 1960 fühlte man sich im Adenauer-Kabinett stark genug, ihn als Druckmittel gegen die DDR einzusetzen. Die DDR sollte dazu bewegt werden, die Besucherkontrolle an den Sektorengrenzen und die Nichtanerkennung der Bundespässe von West-Berlinern aufzugeben. Im Auftrag des Bundeswirtschaftsministers ermächtigte Staatssekretär Westrick den Leiter der Treuhandstelle Dr. Leopold, am 30. September 1960 das Berliner Abkommen und alle Zusatzvereinbarungen zum 31. Dezember 1960 zu kündigen. Die Kündigung erwies sich als Bumerang. Adenauer und seine Berater hatten nicht an Berlin gedacht. Die nach dem Abkommen und den Zusatzvereinbarungen von der DDR zu erbringenden Dienst-, Versorgungs- und Transportleistungen für Westberlin wurden eingestellt.

Die Bundesregierung hatte Unrecht. Das Junktim des Jahres 1949 hatte im großen und ganzen funktioniert. Es bezog sich nur auf den freien Warenverkehr mit Westberlin, noch nicht auf den Personenverkehr. Nach einem für die Bundesrepublik ungünstigen Kompromiß mußte die Bundesregierung der Weiterführung des innerdeutschen Handels zustimmen. Die Ergebnisse des Jahres 1960 sahen so aus: bei den Lieferungen in die DDR ein Minus von elf vH und bei den Bezügen ein Plus von 25 vH gegenüber 1959; in der DDR wurde die Ak-

tion "Störfreimachung vom kapitalistischen Ausland" ausgelöst, die zur weiteren Integration der DDR in den Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe und zur engeren Kooperation mit der Sowjetunion führte. Der Anteil der RGW-Länder am Außenhandelsumsatz der DDR stieg von 74,9 vH 1960 auf 79 vH im Jahr 1962. Der Anteil des innerdeutschen Handels am Außenhandel der DDR sank in dieser Zeit von 10,3 vH auf 8,3 vH. Die noch bestehenden nationalen Bindungen zwischen beiden Teilen Deutschlands waren durch die CDU-Politik des Drucks und der Sanktionen harten Belastungen ausgesetzt. Der 30. September 1960 bleibt ein denkwürdiger Tag in der Deutschland- und Berlin-Politik der CDU/CSU. An diesem Tag, und es blieb das einzige Mal, stimmten Wort und Tat, Drohung und Ausführung überein.

Der Bau der Mauer, das wohl folgenreichste Ereignis in der Nachkriegsgeschichte, wurde von Konrad Adenauer wie folgt begleitet:

- gegenüber der Öffentlichkeit:

"Wenn die ganze Frage mit Sowjetrußland nicht in Ordnung kommt, dann wird höchstwahrscheinlich eines Tages der Zeitpunkt gekommen sein, da ein vollständiges Embargo von allen NATO-Partnern über den Ostblock verhängt wird... Dann haben wir eine Waffe gegen den Sowjetblock auf dem Felde, auf dem wir unendlich viel stärker sind als der Sowjetblock, auf dem wirtschaftlichen Gebiet". (Am 14. August 1961 in Regensburg)

"Diese Maßnahmen auf wirtschaftlichem Gebiet müssen in der richtigen Reihenfolge angewandt werden, und sie müssen im richtigen Augenblick beginnen, nicht zu früh, aber auch nicht zu spät. Der Ostblock - davon bin ich zutiefst überzeugt - würde empfindlich von diesen Maßnahmen getroffen werden, und der Aufbau Sowjetrußlands würde durch diese Maßnahme stark gedämpft, wenn nicht unmöglich werden". (Am 18. August 1961 in Essen)

- gegenüber der Sowjetunion:

"Der Bundeskanzler versicherte, daß er alles vom Botschafter Vorgetragene sorgfältig prüfen wird und wies seinerseits darauf hin, daß die Bundesregierung keine Schritte unternimmt, welche die Beziehungen zwischen der Bundesrepublik und der UdSSR erschweren und die internationale Lage verschlechtern. Der Bundeskanzler nahm die Gelegenheit wahr, um Botschafter Smirnow seine Auffassung über die Lage in Berlin darzulegen". (Adenauer gegenüber dem sowjetischen Botschafter Smirnow am 16. August 1961)

Am 17. August 1961 schrieb die "Frankfurter Allgemeine Zeitung": "Bundesminister Strauß mahnte ebenfalls zu äußerster Zurückhaltung. Er wandte sich ebenso wie Lemmer gegen eine Kündigung des Abkommens über den Interzonenhandel, die schwerwiegende Folgen haben könnte. 'Wer Gegenmaßnahmen drastischer Art ohne Begrenzung verlangt, muß auch sagen, ob er den Krieg will oder nicht'. Man solle jetzt nicht in einen Heldenfimmel verfallen und mit Pflastersteinen gegen Panzer in eine großdeutsche Zukunft marschieren wollen". (Wörtliche Zitierung der "FAZ") Die Entwicklung des innerdeutschen Handels nach dem Bau der Mauer bestätigt, daß Konrad Adenauer fortan den

Handel als ein Mittel zur Linderung der menschlichen Seite der Teilung Deutschlands betrachtete. "Das Berlin-Problem ist wie das Deutschlandproblem überhaupt letztlich eine menschliche Frage. Deshalb liegt auch hier der Ansatzpunkt für eine Lösung". (Adenauer 1962 in "Foreign Affairs")

In der Weihnachtsansprache 1962 rief Adenauer dazu auf, den Menschen "auch unter Opfern zur Seite zu stehen", und 1963: auch für Berlin "notwendige Opfer" zu bringen. Walter Ulbricht war 1961 und 1962 noch nicht so weit, Adenauer Zugeständnisse auf dem Gebiet der menschlichen Erleichterungen zu machen. Zumindest scheute Adenauer nicht der Versuch: "Sie wissen so gut wie ich, daß Herr Ulbricht namens der SED es abgelehnt hat, die Erfüllung der von ihm vorgebrachten Kreditwünsche mit der Schaffung von Erleichterungen für den innerstädtischen Berliner Verkehr zu verbinden. Diese rein menschlichen Erwägungen, die auch Erleichterungen für die Berliner im östlichen Teil der Stadt gebracht hätten, hat Ulbricht, man kann das nicht anders sagen, brutal zurückgewiesen. Er hält Erwägungen, die das Wohl der einzelnen Menschen betreffen, für unvereinbar mit der Politik der SED. Die Bundesregierung aber ist weiterhin bereit, alles für unsere Brüder in der Zone zu tun - und damit sind auch unsere Brüder und Schwestern in Ost-Berlin gemeint. Menschliche Überlegungen spielen für uns eine noch größere Rolle als nationale". (Interview "Berliner Morgenpost", 12. Februar 1963)

Aus dem letzten Satz sind bei der Union heute nicht einmal nationale Überlegungen übriggeblieben. Die CDU/CSU rührt offenbar auch nicht das Schicksal der mehr als 6.000 Betriebe, die, vorwiegend mittelständische Unternehmen, für den innerdeutschen Handel produzieren, wenn sie die Aufhebung des Swings fordert. Anfang der 60er Jahre war der Warenverkehr für unsere Wirtschaft bedeutungslos. Bei dem 1975 auf fast acht Milliarden VE gestiegenen Umsatz und der Entwicklung des Swings von 16 Millionen VE (1949) auf 850 Millionen VE (1976) sieht es schon anders aus. Was ist aus der von Adenauer geforderten Opferbereitschaft geworden? Ihr ist es ähnlich ergangen wie dem Ansehen der CDU/CSU. Das Jahr 1965 brachte der Union ein erstes deutliches Zeichen. Nach einer Meinungsumfrage des Divo-Instituts war damals ein nicht unbeträchtlicher Teil der westdeutschen Bürger der Meinung, "die Bundesregierung habe an einer Wiedervereinigung kein echtes Interesse, sie mache nur schöne Worte und sei zu keinem nennenswerten Opfer bereit".

Ein Jahr später zwang der Vertrauensverlust der Regierung Erhard zur Bildung der Großen Koalition. Bundeskanzler Kurt Georg Kiesinger erklärte am 13. Dezember 1966 unter dem Einfluß der SPD: "Wir wollen, soviel an uns liegt, verhindern, daß die beiden Teile unseres Volkes sich während der Trennung auseinanderleben. Wir wollen entkramen und nicht verhärten, Gräben überwinden und nicht vertiefen. Deshalb wollen wir die menschlichen, wirtschaftlichen und geistigen Beziehungen mit unseren Landsleuten im anderen Teil Deutschlands mit allen Kräften fördern". (-/20.9.1976/va/pr)

(Die erste Fortsetzung folgt am 21. September 1976)

+ + +

Verantwortlich für den Inhalt: Claus Preller